

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Der „Politische Wegweiser“ erscheint wöchentlich am Sonntag, den 16. Juni 1928. Preis: 75 Cent. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen, Verleger und bei der Redaktion (Saale), Dr. Braunhauser, 30. Saale.

Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Dr. Braunhauser, 30. Saale. Schriftleitung: Halle (Saale), Dr. Braunhauser, 30. Saale. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 24

Halle, 16. Juni 1928

4. Jahrgang

Das neue Kabinett

Das Kabinett des Bürgerblatts ist nun endlich zurück. Was alle Mißerfolge der 16 Monate nicht erreichen konnten, haben die Wahlen erzwungen. Nicht nur ein Streifen der Opposition wird man das Reichsministerium der Finanzen begründen. Überall wird man, wo man für eine ehrliche gradlinige Politik und den Wiederaufbau Deutschlands als wichtiger empfand, denn jede Parteitaktik. Eine Träne weinen wir ihm nicht nach. Es stellt in der Geschichte des republikanischen Deutschlands die Regierung der geringsten Leistungsfähigkeit dar. Im Herrn Marx mag es persönlich sein, er hat in der Vergangenheit sich verschiedene Male erworben, aber er setzte diesen Ruf auf das Spiel, er dem Drängen der rechtsgerichteten Kreise des Banners nachgab und sich bereit fand, an die Spitze dieser unglücklichen Verbindung zu treten. In der Entlohnung werdens die 16 Monate fehlen. Nichts ist schwerer als launische einzubolen. Von der Vergangenheit ab wendet der Blick der Gegenwart zu. Noch sind die Verhandlungen über die neue Regierung nicht abgeschlossen. Schwierigkeiten häufen sich. Trotzdem darf man die Zuversicht hegen, daß wir spätestens bei Beginn der neuen Woche eine Regierung auf der Basis der großen Politik haben. Es ist Dauer befrist, hängt von der Gesundheit Hermann Müllers ab, der nun zum zweiten die Herrschaft übernehmen wird.

Vorfragen

Die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten für die Ministerposten dürfte im wesentlichen getroffen sein. Wir freuen uns sehr über die Aussicht, daß es allein dem Herrn Müller überlassen bleiben muß, sich seine Mitarbeiter auszuwählen. Im wesentlichen scheint er auch die gleiche Anzahl Kreuze zu haben. Doch er dabei hier und da Zugeständnisse machen muß, liegt im parlamentarischen System zumeist, da jedes Mitglied des Kabinetts zugleich Vereinsmann seiner Partei sein soll. Nur das festhalten die Kerner halten wir für einen Strebschaden, der nicht werden muß. Die Personennamen haben aber einmal glücklicherweise keine entscheidende Rolle gespielt, es ist uns vorwiegend nicht gehen wird, im ersten Anlauf das Kabinett zustande zu bringen, so liegt das an sachlichen Meinungsverschiedenheiten. Die Deutsche Volkspartei wird die Umwandlung des Preussischen Kabinetts, in das wieder eintreten möchte, nachdem sie vor drei Jahren einen zwingenden Grund ihre Minister zurückgezogen. An der Weisheit, ihnen die Tür zu öffnen, besteht der Rede des Ministerpräsidenten Braun kein Zweifel. Der Zeitpunkt ist kritisch. Es ist im Grunde genommen ein Vertrauensfrage. Bedenklicher wegen die Forderungen, das Zentrum, das vorher eine Einigung über Wahlrecht und Schulgesetzgebung herbeizuführen will. Soweit sich um die Wahlreform handelt, sehen wir vollkommen seiner Seite. Auch wir glauben, daß darin endlich etwas geschehen muß. Anders liegen die Dinge bei der Regelung der Schule. Zu einem Kompromiß werden alle Liberalen nicht sein, schon, um nicht neuen Schaden zu erleiden, das Kompromiß muß den Grundgedanken der Reichsregierung entsprechen und darf nicht einseitig die religiöse Seite auf Kosten der Simultanlehren bevorzugen. Das Wichtigste ist das Verlangen der bayerischen Volkspartei, Völkerei gegen Eingriffe der Reichsregierung zu sichern. In einem neuen Aufbruch des Fortschritts können wir ebenfalls den Beitritt der bayerischen Volkspartei zur Großkoalition nicht begreifen. Wir sind in dieser Hinsicht aber argwöhnisch, weil in München selbst die Verhandlungen zwischen der bayerischen Volkspartei und den Sozialdemokraten über ein gemeinsames Vorgehen schon jetzt sind, daß die Gewinnen nur sehr lauen Widerstand gegen die Vermittlung der Reichsregierung leisten.

Herrmann Müller

In den aufstrebenden Tagen der Weimarer Nationalversammlung hat Herrmann Müller zum ersten Male den Kanzlerposten übernommen, als es Scheidemann ablehnte, den Müller Friedensvertrag zu unterzeichnen. Zwei Jahre hat er ein schweres persönliches Opfer gebracht, als er sich dieser Unterzeichnung befand. Man denkt heute vielleicht, daß er seinen Schritt als damals, wo man nur die ungewöhnlichen Bedingungen vor Augen hatte, die uns von heute gestellt wurden. Noch schmerzlicher die Wunden, die uns geschlagen wurden. Wir haben weder Dank noch Anerkennung, weder Überwinden noch das Gefühl der Dankbarkeit. Aber wir haben inzwischen erkannt, daß es eine ruhige und gerechtere Außenpolitik die Rechte nicht zu sprengen, aber doch zu locken gelangt ist, und wir sind überzeugt, daß sie auf diesem Wege erfolgreich weiter fortgeschritten werden. Wenn von dem internationalen Herrmann Müller wegen seiner Tat mit Bewunderung

überhäuft wird, so ist das genau so richtig, wie alles, was von dieser Seite geschieht. Überdies hat man sich damals verpflichtet, die Zustimmung jedes Einzelnen anzuerkennen. Da sie nach bestem Wissen und Gewissen erfolgte. Die Angriffe auf ihn sind daher nicht nur unberechtigt, sondern auch ein Widerspruch. Inzwischen hat Herrmann Müller als Führer der größten deutschen Partei reiche Erfahrungen gesammelt. Er ist stets für eine gemeinsame Arbeit mit der bürgerlichen Mitte eingetreten, hat die Große Koalition unter Stresemann mit sich gehen lassen, ist aber leider in den letzten Jahren vielfach in der eigenen Fraktion überstimmt worden. Nun sieht er zum zweiten Male in die Wilhelmstraße ein. Er besitzt, soweit das überhaupt bei dem Angehörigen einer anderen Partei der Fall sein kann, unser Vertrauen, und wir können nur hoffen, daß es ihm gelingt, nicht nur die Regierung zu bilden, sondern auch im Amt zu erhalten, damit die Konsolidierung des Reiches, die zu verheißungsvoll eingeleitet hat und nur durch das bisherige Kabinett unterbrochen wurde, weiter fortgeschritten.

Der kommunistische Vizepräsident

Der Preussische Landtag hat zum ersten Male seit seinem Bestehen einen kommunistischen Vizepräsidenten erhalten. Herr Schmitt wurde gewählt, übrigens mit Stimmhaltung der gesamten Rechten, die seine Ernennung hätte verhindern können, nachdem er bindende Zusicherung gegeben hatte, daß er die Geschäftsordnung gewissenhaft wahren würde. Man konnte seiner ersten Amtstätigkeit mit einiger Spannung entgegen sehen. Sie ist über Erwarten gut ausgefallen. Ein Völkischer, den Namen nicht zu überschreiben lohnt nicht, führte einige Vorschläge auf und wurde dafür von Schmitt zur Ordnung gerufen. Sogar die Androhung härterer Strafen, als die Anstaltsregeln selbst nicht. Es wußte der Mensch mit seinen großen Worten. Man wird sich im Reichstag der gleiche Vorgang wiederholen. Auch dort ist die kommunistische Fraktion stärker als die der Deutschen Volkspartei und erhebt ihren Anspruch. Dr. Müller, der bisher dieses Amt inne hatte, ist wegen hohen Alters aus dem politischen Leben ausgeschieden. So fällt es sich unangenehm. Trotzdem beharren wir, daß es dahin kommen mußte, denn darin spiegelt sich der Niedergang der bürgerlichen Mitte. Es wird ja auch bei den großen Ausprägungen deutlich genug in die Erscheinung treten. Der Redner der deutschen Volkspartei nimmt erst nach dem Kommunismus das Wort und der demokratische Sprecher erscheint ziemlich spät auf der Tribüne. Wenn es der Wirtschaftspartei gelingt, noch mit irgendeiner Splittergruppe in Arbeitsgemeinschaft zu kommen, so haben wir sogar die erst abzuwarten. Schön ist das nicht.

Jaleski in Paris

Man muß das Treiben des polnischen Außenministers immer mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Auch wenn er gelegentlich von seinem Verhandlungswillen Deutschland gegenüber spricht, ist seine Einstellung doch sehr deutsch-feindlich. Seine Unterredung mit Briand ist auch reichlich unerfreulich gewesen. Sie hatte neben dem polnisch-französischen Konflikt die Frage der Rheinlandräumung zum Gegenstande. Was er dabei erstrebt, ist eine Sabotage schimmigen Ranges. Gewiß, die Räumung selbst kann er nicht verhindern, denn sie ist in den Bestimmungen des Versailler Vertrages festgelegt. Darüber hinaus sind uns in Locarno Zusicherungen gemacht worden, deren Erfüllung allerdings erst zum kleinsten Teile erfolgt. Wir haben hier einen Wechsellager, auf den wir zählen. Herr Jaleski aber will die Ausführung der Versprechungen von einem neuen Locarno abhängig machen. Die von ihm aufgestellte Gleichung, Weisheit gleich Arbeit, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Was im Westen geschieht, ist lediglich Sache der dort beteiligten Mächte. Polen gehört nicht zu ihnen, und es ist eine Einmischung, die wir uns verbitten müssen, wenn er nun verläßt, seinen Willen auf dem Umwege über Frankreich durchzusetzen. Er gefährdet damit lediglich die Verständigung, die angeblich durchaus in seinem Sinne ist. In Wirklichkeit ist er ihr Gegner. Das lämmernt uns aber nicht. Das Schicksal Europas beruht nicht auf dem Wohlgefallen Polens, ohne das es ja auch einmal gegangen ist. Der einzige Erfolg, den er erzielen kann, ist die Verzögerung einer im Interesse aller Nationen gelegenen Vereinigung der zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Fragen. Man wird sich in Paris hoffentlich darüber klar sein, daß man das Fand der Rheinlandbesetzung durch jede Sanktionslösung der Räumung entwertet. Am 10. Januar 1930 muß die Räumung Zone frei werden. Daran kann nicht gerüttelt werden. Verschieben würde auf die große Welt, früher seine Truppen zurückzuführen, so darf es sich nicht widerbieten, wenn man in Berlin dann alles der Zeit anheimstellt und sich zu keinen neuen Opfern, auch nicht zu finanziellen, bereit findet.

Der Bericht Gilberts

Der sogenannte Finanzbericht, den der Generalagent für die Reparationen erstattet hat, ist bei aller Vorliebe im Ton, sachlich doch sehr falsch. Er enthält Kritiken über Kritiken. Zunächst an dem ablehnenden Befehl des bisherigen Kabinetts gegenüber der von der Reichsregierung gebotenen Tarifserhöhung. Auch an der Reichsregierung selbst, von der er keinen umfassenden Finanzplan fordern würde, wenn er nicht gegen ihr bisheriges Verhalten Bedenken hätte. Auch bei dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern setzt er wieder ein. Er verlangt eine endgültige und vernünftige Regelung. Bedauerlich, daß uns das ein Fremder sagen muß, dessen Wort besonders wenig wert ist, da er ja im Auftrage unserer Gläubiger gleichsam die Aufsicht über unsere Finanzverwaltung führt. Sachlich ist er dabei im Recht. Wir selbst haben immer wieder diesen Finanzausgleich gefordert, aber im Sinne Reinholds, nicht Dr. Schäfers. Ganz einverstanden sind wir mit seiner Schlussfolgerung, daß es nun an der Zeit wäre, die Entdämmung unserer Verpflichtungen festzulegen. Als guter Kenner seines Vaterlandes legt er dabei den entscheidenden Ton auf die Unfähigkeit, die solange am Geldmarkt herrschen wird, und uns an der Aufnahme von Auslandsanleihen verhindert, als diese Regelung nicht erfolgt ist. Ueber die Summe selbst sagt er natürlich nichts. Wir aber möchten hinzufügen, daß jede bisher genannte Zahl viel zu hoch ist. Die deutsche Wirtschaft kann den jetzigen Steuerdruck nicht ertragen, der aber nur dann gemildert werden könnte, wenn Verzinsung und Tilgung der 2,5 Milliarden erheblich unter der jetzigen Jahresleistung von 250 Millionen liegt. Dieser Bericht hat nicht ohne Grund darauf verwiesen, daß es nicht angehe, wenn die Wirtschaft die Lohnsteigerungen auf die Preise abwälzt. Das ist sicher richtig. Es muß an den Löhnen gespart werden. Eine Verteuerung führt nur zur Verschlechterung des Inlandsmarktes und schadet uns möglicherweise auf dem Auslandsmarkt völlig aus. Aber diese Löhnen können erst dann nennenswert herabgemindert werden, wenn nicht die Steuern einen großen Teil des Verdienstes auffangen.

Erkenntnis in Moskau

Die „Arbuda“, das offizielle Organ der russischen beherrschenden Partei bringt einen kommunistischen Aufsatz, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Bittere Klage wird über die Bürokratie geführt, die den Staat völlig zugrunde richtet. Die Vorwürfe gegen die Beamten lassen sich an Schärfe nicht mehr überbieten. Es gibt kein Verbrechen, das ihnen nicht nachgelegt wird. Sachlich überläßt es nicht, denn wenn die Bürokratie schon in parlamentarisch regierten Ländern sehr leicht verhängnisvoll werden kann, so ist ihr im Reich der Diktator zu jedem Mißbrauch geöffnet. Immerhin überraschend, daß diese Erkenntnis nun auch ausgeprochen wird. Ueberraschender aber noch, daß man das Heil allein von der Demokratie erwartet, denn das ist der ausgeprochene Sinn des Aufsatzes. Unsere Moskauabender werden ihn nicht mit Vergnügen gelesen haben.

Richard Mab.

Bayerns Wahlgesetz und die Wirtschaftspartei

Das kommt davon!

Der „Bayerische Kurier“ schreibt folgendes: „Gegen“ die schwarzrote bayerische Regierungspolitik. Unter diesen und ähnlichen Kräfteprüfungen läßt die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) einen Protest ins Land, dagegen, daß die Partei für den Bayerischen Landtag kein Mandat ertingen konnte, trotzdem sie über 100 000 Stimmen auf sich vereinigte. Aber, liebe Leute, warum denn so groß? Maßgebend ist das bayerische Landeswahlgesetz, wie es vom Landtag in der Volkstung vom 7. Juni 1925 beschlossen wurde. Unter den damaligen Ja-Sagern also Zustimmung zu der angeblichen Vergewaltigungspolitik befand sich nämlich auch die bismarckistische Reichspartei des deutschen Mittelstandes, also dieselbe Wirtschaftspartei, die heute so glückseligvollene Proteste losläßt. Der stenographische Sitzungsbericht (Seite 337, Spalte 1) enthält nämlich in der Liste der zumündenden Abgeordneten unter Nr. 48 den Namen des Abgeordneten Mauerer, der bisher als einziger Vertreter der Wirtschaftspartei dem Landtag angehört hatte. Aber nur frisch darauf los...“

Man sieht, die Wirtschaftspartei muß zu allem Schanden auch noch den Spott der Partei ernten, die dieses unfähige aller Wahlgesetze geschaffen hat.

Mehr Anliegerfiedlung!

Von Rudolf Rankisch.

Die Ergebnisse der Nachkriegsiedlung sind alles andere als zufriedenstellend. Bei der Kritik der Siedlungsmethoden hat man sich aber vielfach zu sehr mit der Neuordnung beschäftigt und darüber die anderen durch das Siedlungsgegesetz zugelassenen Siedlungsformen der Anliegerfiedlung und auch der Landarbeiterfiedlung außer Acht gelassen. Die Schaffung neuer Bauernhöfe hat, namentlich im Osten des Reiches, allergrößte Bedeutung. Jeder Siedlungsfeind wird nur mit aufrichtigem Bedauern das unzulängliche Ergebnis der Neuordnung betrachten, die mit fädelich durchschnittlich achthundert neuen Stellen noch hinter dem Meistat der Vorkriegszeit mit durchschnittlich 1000 neuen Stellen im Jahre zurückbleibt. Dieses auf der Schwierigkeit der Finanzierung, in dem Widerstand des landabgabepflichtigen Großgrundbesitzes und in der Siedlungsfeindlichkeit der Bürokratie der Kulturbehörden beruhende Ergebnis hätte, so sollte man meinen, mit zwingender Notwendigkeit zu dem Schluss führen sollen, die ohne großen Kapitalaufwand durchführbare Form der Anliegerfiedlung, die die schon bestehenden landwirtschaftlichen Kleinbetriebe auf die Größe der selbständigen Aderernährung bringen soll, nachdrücklich zu betreiben. Doch auch hier ist das Ergebnis überaus mager. Die amtliche Siedlungsstatistik, die die Zeit von 1919 bis 1925 umfaßt, gibt die Zahl der in diesen Jahren von den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften vermittelten Fälle der Landübertragung zu Eigentum im Wege der Anliegerfiedlung auf knapp 45 000 mit einer Gesamtfläche von rund 52 300 Hektar an. In diese Zahl sind rund 27 000 Fälle eingeschlossen, in denen die Landzulagen unter 1 Hektar betragen; es ist daher nicht einmal sehr überraschend, wenn in einer wissenschaftlichen Untersuchung festgestellt wurde, daß bis Ende 1924 nur 3,4 Proz. aller mit Landzulagen im Wege der Anliegerfiedlung bedachten Betriebe auf die Größe der selbständigen Aderernährung gebracht worden sind.

Die Ursachen für dieses Verlangen sind teilweise dieselben wie bei der Neuordnung; viel Schuld tragen auch die Kulturbehörden, die einseitig und bürokratisch an die Durchführung der Anliegerfiedlung herangegangen sind. Eine andere Ursache des Mißerfolgs liegt aber auch in dem zum Teil geradezu siedlungsfeindlichen Ausführungsbestimmungen des früheren sozialdemokratischen Landwirtschaftsministers Braun, in denen z. B. entgegen dem Wortlaut des Siedlungsgegesetzes die Zeitpunkt dem Erwerb zu Eigentum und der Pacht mit Kaufmannschaft gleichgesetzt wurde. Schließlich fehlte es auch an allgemeinen Bestimmungen über eine gerechte Festsetzung der Größe der selbständigen Aderernährung, was in der Praxis in den einzelnen Verfahren zur Festlegung von Morgenzahlen für die Größe der selbständigen Aderernährung führte, die für einen Zweigbetrieb, aber niemals für eine Familienernährung ausreichend waren. Es hat an scharfer Kritik gegenüber diesen Zuständen nicht gefehlt und gerade von demokratischer Seite ist immer wieder auf die Notwendigkeit einer Reform der Methoden der Anliegerfiedlung hingewiesen worden. Leider größtenteils vergeblich. Der sogenannte Weidmannsbericht des früheren Landwirtschaftsministers Dr. Weidmann Ende 1923 brachte zwar einige Erleichterung, änderte aber an dem System nichts. Es waren auch in der Folgezeit im Preussischen Landtag trotz vielfacher demokratischer Vorstöße Reformen auf diesem wichtigen Gebiete nicht zu erreichen. Die kümmerlichen Zahlen der Anliegerfiedlung sind die Quittung dafür.

Umso erfreulicher ist es, daß jetzt zwar spät, aber noch nicht zu spät, seitens des Preussischen Landwirtschaftsministeriums Schritte getan werden, die vernünftigen Formen der Anliegerfiedlung und auch der Landarbeiterfiedlung ihrer Bedeutung entsprechend zu behandeln. So gibt ein neuerlicher Erlass des Preussischen Landwirtschaftsministers die Möglichkeit einer Wiederübernahme von Anliegerfiedlungsverfahren, wenn in den abgelaufenen Verfahren die berechtigten Ansprüche der Anliegerfiedlung nicht erfüllt sind. Weiter sind in dem Erlass die Kulturbehörden angewiesen, bei Aufteilung eines Gutes zu Zween der Neuordnung auch die Anliegerfiedlung zu berücksichtigen, und ferner sollen zukünftig auch landwirtschaftliche Handwerker mit geringem Landbesitz, die durch veränderte wirtschaftliche Verhältnisse zu einer Umstellung gezwungen sind, durch Landabteilung bis auf die Größe einer selbständigen Aderernährung gebracht werden, besonders dann, wenn in der Landwirtschaft erfahrene arbeitsfähige Söhne vorhanden sind, die durch Vergrößerung des Kleinbetriebes auf dem Lande festgehalten werden können. Durch derartige Maßnahmen wird in der Tat der Landflucht am zweckmäßigsten vorgebeugt. Daneben will die Preussische Regierung die Siedlung für Landarbeiter sowie die Anlage gärtnerischer Stellen besonders pflegen. Auf Grund neuer Richtlinien über die Verwendung von Reichsmitteln zur Ansiedlung von Landarbeitern, denen der Reichstag zugestimmt hat, werden für eine Landarbeiterfiedlung von vier bis acht Morgen jährlich etwa 220 bis 250 Reichsmark zu zahlen sein und zur weiteren Förderung dieser Siedlung sollen die Landkreise gegebenenfalls unter Beteiligung der provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften herangezogen werden.

Obne die Wirkung dieser Maßnahmen zu überschätzen, — viel kommt hierbei auf den Geist der Organe an, die die Siedlung praktisch durchführen — muß man sich der Tatsache freuen, daß in der Preussischen Regierung offenbar der Wille vorhanden ist, Verfassungen auf diesem Gebiete wieder anzuschleifen. Der erste Schritt nach allgültiger Pause ist getan. Weitere müssen folgen. Die Preussische Regierung darf dabei auf die freundliche Zustimmung der großen Zahl aller Reichstages, die in einer großzügigen Siedlungsreform eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk sehen.

Der Wahlausgang

1. Gründe

Von Reichsminister a. D. Koch-Weser, Vorsitzender der DDP.

Zeit dem unglücklichen Ausfall der Reichstagswahlen sind drei Wochen verfloßen, die allen Verantwortlichen dazu dienen mußten, aufmerksam und leidenschaftlos auf die Kritik zu hören, die sich an diesen Wahlausgang anschloß. Für denjenigen, der aus begangenen Fehlern lernen möchte, ist es beinahe bedauerlich, daß die Kritik fast überhaupt keine Fehler der Partei aufgezeigt hat, die durch Milderung programmatischer, praktischer oder persönlicher Art beigeigt werden könne.

Vielmehr ist fast durchweg anerkannt, daß die Fraktionen der Partei seit den letzten Wahlen gut gearbeitet und trotz der verhältnismäßig geringen Zahl ihrer Mitglieder erhebliche Erfolge erzielt haben. Es ist auch anerkannt, daß auf die großen Ziele der Partei, wie die europäische Verständigung, den desentralisierten Einheitsstaat, die Wahlreform, die Handelsvertragspolitik, den Steuerabbau, die Schlichtungsgebung und die Wiedereingliederung der Kriegs- und Inflationsopfer mit Klarheit hingewiesen und mit Entschlossenheit hingearbeitet worden ist. Es ist endlich auch gewürdigt worden, daß die Reichstagsfraktion, über deren Uneinigkeit früher viel geklagt wurde, in der letzten Reichstagsperiode, von ein oder zwei Fällen abgesehen, in vollster Geschlossenheit und mit harter Stimmkraft gehandelt hat.

Auch die Vorbereitung der Wahl hat kaum zu Kritik Anlaß gegeben. Die ausgezeichnete propagandistische Tätig-

Ohne Opfer geht es nicht
Zahl pünktlich die geringen Parteibeiträge

keit der Hauptgeschäftsstelle ist mir auf meinen Wahlreisen fast von allen Wahlorganisationen gepriesen worden. Die rechnerische Befragung der Wahlkreise war gut organisiert. Die Kreise ist überall, wo sie sich in den Dienst der Sache zu stellen bereit war, anerkent und benutzt worden. Auch die Auswahl der Kandidaten ist im großen und ganzen mit glücklicher Hand erfolgt. Man kann vielleicht mit Recht sagen, daß an vielen Stellen mehr Prominente und bewährte Führer aufgestellt worden sind, als es für die gewöhnliche Arbeit der Fraktion und für die Föhlung mit allen Schichten der Bevölkerung dienlich sein mag. Aber die Größe der Wahlkreise hat es vielfach verhindert, daß sich neue Männer durchsetzen konnten, weil es einem politisch noch nicht in Deutschland durchgedrungenen Mann fast unmöglich ist, die Stimmen dieser großen Kreise auf sich zu vereinigen. Die Bemühungen des Parteivorstandes auf Heranziehung frischer Kräfte sind trotzdem in größterem Umfang geglikt als bei anderen Parteien. Auf der anderen Seite wirkt bei dem überwiegenen jüngerer Prominenten umso eigenartiger, wenn in Berlin gewisse Kreise an der Aufstellung eines in wirtschaftlichen Fragen des Mittelstandes gut bewährten Handwerksmeisters an zweiter Stelle Kritik geübt haben. Nicht aus propagandistischen Gründen, sondern auch aus Interesse an der Gefäßverteilung innerhalb der Fraktion bedarf es einer Wöhlung, und wenn irgendwo, so kann eine solche am besten da erzielt werden, wo man mit der Möglichkeit, zwei Kandidaten durchzuführen, rechnet. Hier handelt es sich nicht um eine Frage der Aufstellung von Sonderinteressen, sondern um die Fortführung eines Zustandes, der allein eine Solidarität des ganzen Volkes genöhrleistet. Es ist tief bedauerlich, wenn es Schichten gibt, die daran Anstoß nehmen und aus diesem Anlaß lieber die sozialdemokratische Liste wählen, ohne dort überhaupt danach zu fragen, wer der Mann am liebsten oder siebenter Stelle ist, den sie durch ihre Stimme durchzuführen helfen.

Vorsicht man nach den Ursachen des Mißganges, so gibt es zunächst gewiß eine Reihe sekundärer Gründe. Dahin gehört, daß der Wähler heute noch nicht aus den Anschauungen des Ehrgeizreiches heraus ist und vielfach glaubt, seine Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen durch Stimmabgabe für eine möglichst radikale Partei zum Ausdruck bringen zu müssen. Man will es „der“ Regierung zeigen, als ob sie eine feststehende Größe sei, die man durch Radikalismus vergrößern könne, und sieht nicht, daß es die Aufgabe der Stimmabgabe ist, die Bildung einer Regierung, die den eigenen Anschauungen wenigstens teilweise nahesteht, zu ermöglichen. Nur hieraus erklärt sich das stuppellose Hin- und Herbewandern vieler Wählerfraktionen von den linksradikalen zu den rechtsradikalen und jetzt wieder zu den Unstabilen zurück.

Zweifellos ist auch die tatsächliche Situation in diesem „Wahlkampf für die Deutschdemokratische Partei besonders unglücklich gewesen. Der Wahlkampf ist eigentlich nach allen Seiten hin gedämpft geführt worden. Die hervorragenden Verdienste Stresemanns um die deutsche Außenpolitik sind in einer Presse derartig gewürdigt worden, wie in der demokratischen Presse. Auch ich habe es im Interesse einer einheitlichen Außenpolitik niemals für richtig gehalten, zu verüben, irgendwelche Klammern zwischen der Stresemannschen Politik und der der Deutschen Demokra-

tischen Partei hervorzuheben — was manchmal nicht hätte geworden wäre — sondern habe versucht, dem vernünftigen Außenminister den Rücken zu stärken, auch in ein anderes Verfahren parteipolitisch klarer gewesen wäre. Ich belege mich nur darüber, daß ich im Wahlkampf letzten Jahres die Sozialpartei der Reichstagspartei unter anderem in der Einstellung fast nirgends anerkannt worden ist. Trotzdem man fast immer gegen eine Partei zu kämpfen hat, die dasjenige, was es ab erst durch Herrn Stresemann der inwärtigen Politik des Demokraten und Sozialdemokraten auf eine vernünftige Linie gebracht worden ist. Nicht viel anders war es mit dem Verhältnis zu Sozialdemokratischen Partei. Ich habe bereits vor Monaten darauf hingewiesen, daß es falsch sei, die sozialdemokratischen Siege als unsere Siege zu feiern. Aber auch während des Wahlkampfes mochte mancher demokratischer Wähler glauben, daß es für denjenigen, der kapitalistisch interessiert ist, wohl mindestens ebenso vorteilhaft sei, im Interesse der deutschen Republik sozialdemokratisch zu wählen, als demokratisch. Demgegenüber sind unter den Parteien der großen Koalition bereits im Vorfeld der Verhandlungen der Reichstagspartei die sozialdemokratische Bürgerliche Fraktion des Reichstages nicht zu ignorieren zu lassen, und nicht zu vergessen, die Sozialdemokraten der Reichstagspartei, die sich gegenüber einer einseitigen und radikalen Politik der großen Koalition den Rückschlag nicht ausbleiben kann. Es höre in gewissen Kreisen geradezu zum guten Ton und als als Beweis für die politische Unfähigkeit, keine parteipolitisch wählte. Da gleichzeitig auch die großen Gebiete, die uns auf kulturellem Gebiet vom Zentrum trennen in der Presse vielfach nicht hinreichend herausgearbeitet wurden, auch hier die Parteileitung mit ihrer unglücklichen Parteipolitik nicht überall durch.

Die hauptsächlichsten Ursachen an dem Mißgange demokratischen Stimmen liegen aber in viel allgemeineren Umständen. Die Zahl der Wähler, die durch ihren Stimmzettel ihre vernünftigen Wirtschaftsinteressen schützen oder fördern wollen, wächst immer mehr gegenüber demjenigen, die bei ihrer Abstimmung das allgemeine Staatsinteresse im Auge haben. Sieger in diesem Wahlkampf sind deswegen die Massenparteien gewesen. Aus den Kreisen der Arbeiter, Mittelständler- und Kleinrentnerparteien abgeben sich, erklärt sich der Mißgange derjenigen Partei, die man heute als Volkspartei bezeichnen möchte. Auch die Deutschnationalen sind wohl in den Städten aus denjenigen Schichten verdrängt worden, deren Interessen zu vertreten sie sich keine Mühe gegeben haben, auch wohl mit Rücksicht auf das Gros ihrer Wähler die Möglichkeit hatten. Auf dem Lande aber haben ihnen staatspolitischen Fehler fast keinen Abbruch getan, weil die Wähler schon seit langem vor dem Kriege sich zu Aufregung haben verleiten lassen, als ob die sozialdemokratischen Schichten ihrer Interessen seien. Ebenso ist die Macht der Sozialdemokratischen Partei ganz gewiß nur eine Folge ihrer guten staatspolitischen — ich erinnere mich ihrer zweimaligen Verträge in der Frage der Großen Aktion — sondern einfach eine Folge des Umstandes, welche Schichten ohne Kapital und ohne besonders angesehene Erwerbsmöglichkeiten in der Sozialdemokratischen Partei den besten Vertreter ihrer Interessen zu sehen glaubten. Aber — Hand aufs Herz — auch in den anderen Volksparteien spielen für die Gewinnung der Reichstagsparteien eine von Wahl zu Wahl gegenüber der großen Staatsfragen wachsende Rolle. Jeder von uns hat er nach großen und schmerzvoll vertrauten Beratern Deputierten zu empfangen und zu kleineren Stellen die ihre Stimmabgabe von der Anerkennung der Reichstagspartei abhängig machen. Wenn die Deutsche Demokratie sich heute in vielen Stellen gehalten hat, so kann sich durch den besonderen Ehrer, mit dem manche Abgänger der Partei sich den Interessen der Arbeiter, Kleinrentner, des Landvolkes, der Kleinrentner, der Arbeiter, der Reichstagspartei angenommen haben. Man könnte fragen, welche Einwirkung nicht unmaßstäblich war, als nicht, wie öffentlichen Leben der Wähler anfangs der Glaube, dann Verfassungsfragen, dann die nationalen Fragen den Mittelpunkt gebildet hätten, so heute einseitig. Wenn ein deutscher gefragt hat: „Inwiefern ist die Reichstagspartei ein Mann verfahren, wenn der Einzelne bei der Wahl seiner Stimme nicht an die Zukunft der deutschen Wirtschaft, sondern seiner eigenen Wirtschaft denkt.“

Wie man zu Mandaten kommt! Ein eigenartiges Beispiel.

Im dem Beispiel des auf der „Sächsischen Landvolkliste“ gewählten Abgeordneten Dr. Philipp Borna erklärt man, daß es sich hierbei um ein eigenartiges Beispiel handelt. Dr. Philipp war vor der letzten Reichstagswahl deutscher Reichstagsabgeordneter für Leipzig, während der Wahl war er Vertreter des „Sächsischen Volkvolks“, das für alle drei sächsischen Wahlkreise eine gemeinsame Liste mit seinem Namen herausgab, nach dem Wahltag eben dieser Abgeordnete Dr. Philipp für den deutschen Reichstagsfraktion, von der er und das „Sächsische Landvolk“ ist begeben!

Vorsicht ist eine notwendige Tugend für den „Wahlkampf“. Mit der neuen Firma hat der Herr Abgeordnete geschafft, was unter der alten nicht erreicht zu werden drohte. Was aber sagt das sächsische Landvolk dazu, gemerkt, das ohne Anführungsstriche?

Kultusminister Bazille

Die neue Reichsregierung in Württemberg.

Der württembergische Landtag hat die neue Regierung abgelehnt, und das Ergebnis dieser Wahl ist, wenn auch mit einer Verteilung der Mandate, die Wiederkehr des Reichstages. Es hat nicht an nachdrücklichen Bemühungen gefehlt, aus dem Wahlergebnis die folgerichtige Konsequenz zu ziehen und in Württemberg die große Koalition zu stiften, aber diese Vorschläge sind an der Haltung der Parteien, die jetzt den Staatspräsidenten stellt, des württembergischen Landtages gescheitert. Am liebsten hätte sich die Große Koalition die Demokratische Partei angeeignet, die Sozialdemokraten, denen die Heilmann-Koalition ebenfalls erliegen, waren gleichwohl grundsätzlich auch dem breiteren Zusammenhänge bereit, und die Deutsche Partei hat sich bisher von der Mitte bestimmt werden lassen. In ihrem Sinne nach einer Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien umfing Bazille sich zugleich als unmissverständlich gegen den Kurs Bazille ausgesprochen. Den Schluss gab die Haltung des Landtages, das mit aller Unklarheit die Große Koalition ablehnte und auf die rechte Volkspartei stärksten Druck in der Richtung auf eine Rechtskoalition ausübte. Dieser hat sich denn auch wieder ammengeändert, er hat den bisherigen Innenminister zum Staatspräsidenten gemacht, Bazille das Kultusministerium gelassen, dem bisherigen Justizminister Verheul das Wirtschaftsministerium anvertraut und den Finanzminister Dehlinger in seinem Amt bestätigt. Die Opposition im Landtag ist sofort mit Mißtrauensanträgen sowohl gegen das Gesamtkabinett wie insbesondere gegen den Kultusminister Bazille in den Kampf getreten, und wenn auch die Ablehnung des ersten Antrages vorauszuversetzen war, so hat Herr Bazille seine Position nur dadurch retten können, er als Mitglied des Hauses sich selbst das Vertrauen erbat und damit die eine Stimme in die Waagschale warf, die die Annahme des Mißtrauensantrages verhindern sollte. In der Unterfertigung dieses Mißtrauensantrages, offenbar schon in seiner Vorbereitung, hat die Deutsche Partei eine Seite an Seite mit den Demokraten gehalten; eine beispielige Schulpolitik Bazilles hat ihm durch die Ablehnung des achten Schuljahres zwar bürgerliche Stimmen gesichert, die der liberalen Parteien aber gegen ihn verstimmt, und es ist anzunehmen, daß dieses nicht die letzte Vorprobe war, der er sich unterziehen mußte. Der württembergische Landtag steht zweifellos vor harten Kämpfen.

Die Ausschüsse

des Preussischen Landtages

Die demokratische Landtagsfraktion hat die Vertretung der Fraktion in den Ausschüssen des Landtages festgelegt. Auf dieser Regelung wird folgende Besetzung der Ausschüsse folgen: Hauptauschuss: Fall, Stellvertreter Nibel; Verwaltungspolitischer Ausschuss: Dönhoff, Stellvertreter Hartmann; Landwirtschaftlicher Ausschuss für Siedlungsfragen: Dönhoff, Stellvertreter Waghorn; Ausschuss für Handel und Gewerbe: Goll, Stellvertreter Goll; Ausschuss für Gemeindefangelegenheiten: Goll, Stellvertreter Goll; Ausschuss für Antriebsmittel: Dr. Dohner, Stellvertreter Dohner; Ausschuss für Eingaben: Goll, Stellvertreter Hartmann; Kommissionsauschuss: Goll, Stellvertreter Dohner; Ausschuss für Reichsinteressen: Merien, Stellvertreter Nibel; Verfassungsausschuss: Fall, Stellvertreter Dohner; Ausschuss für Wohnungs-, Heimstätten- und Kleinrentenwesen: Goll, Stellvertreter Nibel; Ausschuss für Fragen der Verfassung: Dönhoff, Stellvertreter Goll; Ständiger Ausschuss: Fall, Stellvertreter Nibel; Gesundheitsauschuss: Goll, Stellvertreter Nibel; Ausschuss für das Verwaltungswesen: Nibel, Stellvertreter Goll; Ausschuss zur Prüfung der Haushaltsrechnung: Goll, Stellvertreter Dohner; Ausschuss zur Prüfung der Haushaltsrechnung: Goll, Stellvertreter Dohner. Außerdem ist die demokratische Fraktion vertreten in der Großen- und Kleinen-Ausschüsse durch den Abgeordneten Hartmann, im Parlamentarischen Ausschuss durch den Abgeordneten Nibel, im Ausschuss, der die Fragen der Wissenschaft, Kunst und Kultusbildung behandelt, durch den Abgeordneten Bohner und im Ausschuss zur Verwendung der Hausinspektoren durch den Abgeordneten Hoff. Einige Ausschüsse sind bereits nicht besetzt.

Die abgelehnte Eisenbahntarifverhöhung

Das Reichskabinett hat aus dem Zahlenmaterial der Reichsbahndirektion den einzig möglichen Schluss gezogen, daß nämlich eine Tarifverhöhung um unangelegentlich viel möglich ist. Es hat mit keiner Ablehnung der Reichsregierung eine Widerlegung der ohnehin jetzt schon gebührend konstatierten Tatsache, daß die Verhältnisse der Eisenbahnverkehrsleistungen einen Anstieg der Aufträge einzelner für die Eisenbahnverkehrsleistungen in Frage kommender Produktionszweige nicht schließen, denn es ist anzunehmen, daß die Reichsbahn für Investitionsprogramme immer mehr auf das allernotwendigste Maß zurückzuführen ist. Im übrigen wird sie sich an den Kapitalmarkt wenden müssen. Die Reichsregierung hat deshalb Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium, dem Reichsbank und den Großbanken eingeleitet. Außerdem hat die Reichsregierung Vorschläge über die Tilgung der Reichsbahndarlehne gemacht, die nach dem Jahre 1964 noch zu tilgen sind. Diese und ähnliche bereits vorliegende Wege zur Entlastung der Finanzlage der Reichsbahn sind selbstverständlich von außerordentlicher Bedeutung, da sich über die Tatsache, daß die Reichsbahn im Augenblick in einer nicht ganz angenehmen finanziellen Lage steht, nicht streiten läßt. Nur muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß diese Dinge teilweise ein Ergebnis der Finanzpolitik der Reichsbahn selbst sind und daß es durchaus möglich erscheint, die Wirkungen dieser Finanzpolitik sogar ziemlich rasch rückgängig zu machen, indem die Reichsbahn ihre Reserven auflodert. Gerade weil — wie aus den bisherigen Berichten ersichtbar — die Reichsbahn jederzeit auf berechnungsvolle Unterfertigung der gesamten Reichsbahn und des Reiches rechnen kann, hat sie es nicht nötig, Reserven über das notwendige Ausmaß hinaus zu halten. Sie bebar vor allen Dingen feiner sogenannten Katastrophenversicherung. Daß die Reichsbahn auch den Weg zum ausländischen Kapitalmarkt finden muß und daß es unmöglich ist, wenn die Reparationsgläubiger auf der einen Seite die Reichsbahn von diesem Markt absperrten und so die Theaurierungspolitik erzwingen, während sie doch auf der anderen Seite hinsichtlich ein Interesse an der volkswirtschaftlich zweckmäßigen Verteilung des Produktionskapitals unter Wirtschaft haben, gibt der Anregung, in Verhandlungen mit der Reparationskommission wegen einer Auslandsmission der Reichsbahn einzutreten, einen Anspruch auf dringliche Berücksichtigung. Das Hauptziel muß bei allen diesen Erwägungen sein, die Reichsbahn nicht zu einer Zwangsparatase werden zu lassen, aber auch ihre dauernden Kapitalbrüche so zu befrichtigen, daß der Kapitalmarkt direkt davon beeinflusst wird. Es würde immer die Gefahr einer falschen Beurteilung des Kapitalmarktes bestehen, wenn man ihm einen der wichtigsten Verwendungszwecke des vorhandenen oder neu gebildeten Kapitals vorenthalten würde.

Ein unwürdiger Vertreter der Justiz
Mitglied des Kaiserlichen Justizrats.

In dem Disziplinarverfahren gegen Professor Kaufmann führte der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Pfeiffer u. a. aus:

Kaufmann hat sich nachgelesenermaßen des Mehrfachen des Gebrauches schuldig gemacht mit der Frau seines früheren Freundes Weizler. Während Weizler nun die Abfertigung verweigert, eine Ehegerichtsverfahren einzuleiten, glaubte er Veranlassung zu haben, zunächst gegen Kaufmann Strafanzeige wegen Nötigung zu erstatten. Kaufmann wandte sich nämlich an gemeinsame Bekannte und erzählte denen, Weizler hätte ihm geradezu seine Frau anverkauft und sich damit der stuppel schuldig gemacht zugunsten der Ehefrau, worauf Justizhaus ließe. Ferner hätte Weizler Steuerhinterziehungen begangen; wenn die bekannt würden, würde er wohl sein Depot- und Depositionsrecht verlieren. Diese Bemerkungen Kaufmanns waren Weizler hinterbracht worden und lagen seinem Straf Antrag wegen Nötigung zugrunde. Kaufmann beiriet in diesem Verfahren, gewollt zu haben, daß Weizler diese Mitteilungen hinterbracht würden oder gar beabsichtigt zu haben, Weizler dadurch von der Ehegerichtsverfahren abzuhalten bzw. zu erreichen, daß in diesem Prozeß Kaufmann selbst gelobt würde. Das Nötigungsverfahren wurde am 30. Dezember 1926 eingeleitet. Es wurde die umfangreichen Akten dieses Verfahrens mit allen Vernehmungen versehen. Ein Zeuge, Max Schreiber, der Mittlermann zwischen Kaufmann und Weizler, hat u. a. beteuert, daß Kaufmann aus Mitglied des Kaiserlichen Justizrats war, „wo er als Vornam-Dezernent von sich reden magie“.

Ein unwürdiger Vertreter der Justiz

Mitglied des Kaiserlichen Justizrats.

Vänderparlament und Eigenartlichkeit
Eine Debatte im badischen Landtag.

Bei dem Wiedersitzungsantritt des badischen Landtages gab es eine lebhaftige Aussprache über die Probleme des Einheitsstaates. Der Abgeordnete Dr. Wolfhard als Sprecher der Demokraten wies mit Recht darauf hin, daß die Demokraten bereits auf ihrem Hamburger Parteitag programmatisch den dezentralisierten Einheitsstaat gefordert hätten. Auch er wandte sich gegen die Gleichsetzung von Unitarismus und Zentralismus. Die Ländergesetze, die aus dynamischen Erwägungen entfallen seien, könnten nicht ewig so bleiben. Wirtschaftspolitische und verwaltungsrechtliche Forderungen verlangen ihre Änderungen. Der Redner wies beispielsweise auf das Problem Hamburg-Altona und vor allem Mannheim-Ludwigshafen hin, wo drei Hafenämter nebeneinander arbeiten. Zu fordern sei ein einheitliches Zivil- und Verwaltungsrecht. Berechtigt sei der Ruf nach einer Reichsstaatsordnung; ebenso rufen die Notare nach einer Reichsdienstordnung. Das ganze Problem müsse sachlich geprüft und das Recht vernünftig geliebert werden.

Deutschnationale Offenbarungen

„Streuerzahlen ist nicht nationale Wacht“.

Dem in Jüterburg erscheinenden deutschnationalen „Mittelpreussischen Tageblatt“ ist der Wahltag vom 20. Mai erheblich in die Knochen gefahren. Das Blatt hat eine Sonderbeilage „Der Arbeitnehmer“, in dem sich folgender Verzenserguß findet: „Wer national denkt, hat in erster Linie Anspruch darauf, von seiner Geistesgenossen bevorzugt zu werden. Das gilt für alle Berufe und Erwerbszweige, die im nationalen Lager stehen. Die Steuerzahlung ist jetzt nicht Pflicht des nationalen Staatsbürgers. Mögen die Steuern bezahlen, die heute und in den nächsten Jahren regieren werden.“

Aber auch sonst machen die deutschnationalen Arbeitnehmer aus ihrem Herzen keine Mörgegrube. Von den deutschnationalen Wählern wird gesagt: „Mit seinen Angestellten und Arbeitern einmal die Bedeutung der Wahlen zu erhöhen wird für unter der eigenen Würde gehalten. Und hinterher wundert man sich über den Scherbenhaufen.“

Was waren in den Wahltagen die pensionierten Offiziere, um deren Pensionen es auch doch in diesem Wahlschlamm geht? Bis auf wenig Ausnahmen haben sich Arbeitnehmer in den Dienst der Deutschnationalen am Wahltag gestellt. Das übrige Bürgertriumphal geht spazieren.

Nationalsozialistische „Arbeiterpartei“

Wie die Arbeiter aussehen!

Das Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages ist soeben erschienen. Danach befinden sich als „Arbeiter“ unter der Nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei: Ein Major a. D., ein Generalleutnant a. D., ein Oberamtmann, drei Schriftsteller, ein Apotheker, ein Lehrer und ein Landwirt.

Ein faulerer Zeitgenosse

Der ehemalige Landesgeschäftsführer der Deutschen Nationalen Partei Hannover, Erich Hensel, wurde nach dem „Beckler Tageblatt“ vom großen Schöffengericht wegen Schmähung des Gedächtnisses des ermordeten Ministers Rathenau zu drei Monaten Gefängnis und ferner wegen Beschimpfung der Reichsbank in zwei Fällen zu je sechs Wochen Gefängnis, insgesamt zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Hensel hatte keine kaum widerzuergebenden Bestimmungen in verschiedenen öffentlichen Verfassungen ausgeprochen. Von Rathenau sagte er, es wäre gut, daß das Schwein tot sei, sonst hätte er ihm selbst das Messer in den Bauch gerammt und ihn mit dem Spaten begraben. Die politische Einstellung des Angeklagten wurde von dem Gericht als strafmildernd berücksichtigt. Der Inhold hatte fernerzeit auch Minister Stresemann in der größtmöglichen Weise beschimpft.

40 Jahre Wilhelm II

Zu einer jenseitigen und zugleich mehrbündigen Feier rufen wir nach zuverlässigen Nachrichten in Doorn. Dort werden nämlich Vorbereitungen getroffen, um das 40jährige Regierungsjubiläum des früheren Kaisers festlich zu begehen. Die Feier soll am 15. Juni zur Erinnerung an den Regierungsantritt im Jahre 1888 abgehalten werden. Zu diesem Zweck werden sich auch der Kronprinz und eine Anzahl weiterer Mitglieder des Hofjubiläumshauses in Doorn einfinden. — Während der Ereignisse mag Jubiläum feiern so viel er will, zu einem vierzigjährigen Regierungsjahr (steht aber doch wohl vierzigjährig) Begünstigung vor, denn man verzicht doch hoffentlich in Doorn nicht, die letzten zehn Jahre in Abrechnung zu bringen.

Politische Notizen

Ein Kommunist als Landtags-Vizepräsident.
Der kommunistische Abgeordnete Schwenk ist mit 181 Stimmen zum Vizepräsidenten des Preussischen Landtages berufen worden. Aus diesem Stimmengergis ist zu ersehen, daß Schwenk im wesentlichen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten sowie mit einem Teil der Zentrumstimmen ins Vizepräsidentium gelangt ist. Ein anderer Teil des Zentrums gab weisse Zettel ab. Auch die Demokraten haben sich auf Grund der Vorgänge, die sich im Landtag abgepielt haben, nicht entschließen können, einen Kommunisten als Vizepräsidenten des Preussischen Landtages zu wählen.

Der Ausschuss für Verfassungsreform.

Die Neubildung der Reichsregierung wird wesentliche Veränderungen in der Zusammenetzung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform zur Folge haben, da die darin vertretenen Mitglieder der Reichsregierung ihm nicht als Verein, sondern kraft ihres Amtes angehören. Es handelt sich dabei um den Reichskanzler Marx als Vorsitzenden, um den Reichsinnenminister von Reubell, den Reichsfinanzminister Köhler. Auch der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister und der Reichspostminister sind als Reichsmitglieder in den Ausschuss berufen. Der württembergische Staatspräsident Bazille gehört u. a. ebenfalls vom amtsgegen dem Ausschuss an, und er müßte falls er sein Amt verliert — aus dem Ausschuss ausscheiden.

Der Kurs der Bayerischen Volkspartei.

Die Bayerische Volkspartei beginnt immer intensiver, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, daß sie hinsichtlich der kommenden Koalitionsbildung nach keiner Richtung hin gebunden ist; daß sie also auch mit den Deutschnationalen gehen kann, aber nicht muß! Das mit diesen gemeinsame Ziel des Föderalismus bedeutet nach einem offenbar inspirierten Artikel des Bayerischen Kuriers nur eine taktische, nicht eine politisch grundsätzliche Gemeinschaft, und ergebe keineswegs eine koalitionspolitische Folgerung. Unter Umständen könne eine Koalition beider Parteien sogar dem sachlichen föderalistischen Ziele mehr schaden als nützen. Da die Deutschnationalen im Reich in die Opposition gehen müßten, hätten sie sogar ein Interesse daran, daß die unparteilichen Vorläufe ihrer Gegner einen gewissen Erfolg erlangten. Föderalistische Grundzüge nähmen ihr nicht die koalitionspolitische Freiheit und Unabhängigkeit. Mit anderen Worten: Wir können es auch einmal mit der Linken probieren!

Das deutsche Volkshochschulwesen.

Der neue Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen, der in der Mitgliederversammlung anlässlich des deutschen Volkshochschultages in Dresden gewählt wurde, setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender ist wie bisher der Leiter der Volkshochschule Thüringen, Dr. Buchwald in Jena. Dem engeren Vorstand gehören ferner an: Professor Dr. Pfeifferer vom Verein zur Förderung der Volkshochbildung in Stuttgart und Volkshochschuldirektor Dr. Mann von der Volkshochschulgemeinschaft niederbayerischer Volkshochschulen. Außerdem sind folgende Verbände berechtigt, je ein Mitglied in den Vorstand zu entsenden: Verein Volkshochschule Sachsen, Verein christlicher Volkshochschulen, Volkshochschule Groß-Berlin und Volkshochschule Braunschweig.

Ein Vorbild für „Wahnmüde“.

Einer Bürgerin in Flatow (Grenzmar) wurde am Wahltag vormittags 3,30 Uhr ihr achtes Kind geboren. Das war nun an sich eine erfreuliche Sache und doch nicht nach dem Sinne der Mutter, die sich vorgenommen hatte, unbedingt wählen zu gehen. Tatsächlich erziehen sie auch sieben Stunden nach der Geburt im Büro und gab ihre Stimme ab.

* **Ablesen von Reden verboten.** Der Reichstagspräsident hat die Entferrnung des Rednerpultes von der Rednertribüne des Reichstages angeordnet, um den Reichstagsabgeordneten das Ablesen vorbereiteter Reden unmöglich zu machen. Er hofft, die parlamentarischen Debatten dadurch interessanter zu gestalten.

Interessante Zahlen über die Verwendung der Hauszinssteuer. Die Hauszinssteuer ist im Reich ganz verschieden nach der neuesten Aufstellung werden erhoben in Prozenten der Mietsumme in Preußen 48 (davon werden verbaut 26%). Bayern 45 (14), Sachsen 45 (25), Württemberg 39,75 (19,50), Baden 36 (20), Thüringen 40 (15), Hessen 47,25 (15,57), Hamburg 42 (22), Mecklenburg-Schwerin 44 (24), Oldenburg 24 (20), Braunschweig 39 (15,6), Anhalt 42 (22), Bremen 20 (20), Lippe-De-mold 35 (15), Lübeck 37,5 (19), Mecklenburg-Strelitz 48 (21%), Waldeck 40 (20), und Schaumburg-Lippe 40 (17). Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß von den größeren Ländern Preußen den relativ größten Teil der Hauszinssteuer für Neubauten verausgabt, während Bayern, Hessen, Thüringen usw. die Hauszinssteuer in erster Linie für allgemeine Verwaltungsverweck ausnutzen.

Die Folgen der Vorkorruption. Das Institut für Konjunkturforschung hat neue Mitteilungen über die deutschen Wirtschaftsauswichen veröffentlicht. Es ergibt sich eine außerordentlich hohe Konjunkturlage, vor allem weil die Kaufkraft sich weiterhin gehoben hat und sogar den bisher geringfügigen Zustand von Anfang 1926 überstiegen hat. Die Veranschlagung des Instituts zeigen, daß für die künftige Gestaltung der Konjunktur die Einkommenspolitik eine ausschlaggebende Rolle spielen wird. Bemerkenswert ist allerdings, daß die Reichspost trotz Fortdauer der günstigen Konjunktur einen ausgesprochenen Rückgang im ersten Vierteljahr 1928 aufweisen muß — ein Zeichen dafür, wie ungenügend die Gehaltserhöhung gewirkt hat und ein weiteres Zeichen dafür, daß mit Kreisveränderungen sehr vorsichtig vorgegangen werden muß.

Um die Regierungsbildung in Oldenburg.

In Oldenburg fanden unerbittliche Weisprechungen zwischen Vertretern der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten statt, die eine Aussprache über die Möglichkeiten künftiger Regierungsbildung in Oldenburg zum Ziele hatten. Die Weisprechungen werden fortgesetzt. Es zeigte sich, wie verläutet, die Meinung des Zentrums, die große Koalition auch für Oldenburg zu empfehlen, es wurden aber auch andere Möglichkeiten erörtert. Man will die Lösung der Koalitionsfrage im Reich und in Preußen abwarten, die vielleicht nicht ohne Einfluß auf die Koalitionsbildung in Oldenburg sein wird. Ob der Gedanke der großen Koalition in Oldenburg, wo Deutschnationalen und Volkspartei als unaufhebbares, reaktionäres Gebilde im Landesblut zusammenfließen, irgendeinen Sinn hat, muß beweiselt werden.

Der Termin der preussischen Gemeindevahlen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, sind die Meldungen über die Abhaltung der Gemeindevahlen am 28. Oktober 28. Jz. als verfrüht zu bezeichnen. Innerhalb der Fraktionen der preussischen Regierungsparteier herrscht im allgemeinen vielmehr die Meinung vor, die Gemeindevahlen mit den Reichstags- und Provinziallandtagswahlen gemeinsam Ende dieses Jahres zu veranstalten.

Parteinachrichten

Stresemann an Koch-Weser

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, richtete an den demokratischen Parteiführer Koch-Weser ein Schreiben, in dem es u. a. heißt:

„Für die freundschaftlichen Gläubigkeiten, die Sie namens der Deutschen Demokratischen Partei zu meinem 50. Geburtstag die Freundschaft hatten, mir zu übermitteln, spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aus. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß ich mich über diesen Beweis freundschaftlicher Gesinnung besonders gefreut habe und gern der gemeinsamen Arbeit dabei gedacht habe, die mich mit Ihrer Partei in langen Jahren verbunden hat und, wie ich hoffe, auch in Zukunft verbunden wird.“

Demokratische Ausschuss-Vorarbeiten.

Die Demokratische Partei hat im Ausschuss für Gemeindeangelegenheiten des Preussischen Landtages den Vor-

stis erhalten. Den Vorstich wird der Abgeordnete Beigeordneter Greßer-Barmen führen. Im Unteranschuß sind den Demokraten der feldverordnete Vorstich zu, den sie durch den Abgeordneten Dr. Vöhner nachnehmen werden.

Das Hochwasser in Schlesien

Hünneburg an den Reichstagsler

Der demokratische Abgeordnete für Niederschlesien, Landrat Hünneburg, hat an den Reichstagsler folgendes Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„In den letzten Tagen vor Künftigen ist Schlesien wiederum von katastrophalen Unwettern heimgesucht worden, die erheblichen großen Schäden an Bauwerken, Wäldern und Weiden verursacht haben. Ich halte eine bescheidenste Hilfe auch seitens des Reiches durch sofortige Einleitung einer Notstandsaktion für dringend geboten. Fast dieselben schlesischen Kreise werden jetzt im dritten Jahre von solchen Unwettern betroffen, das führt zu einer Verwüstung und Hoffnungslosigkeit in den betroffenen Bevölkerungsteilen. Doppelt schnelle Hilfe durch Einleitung einer Notstandsaktion ist daher dringend geboten.“

Aber nur dann wird eine dauernde Hilfe getroffen werden können, wenn endlich die Maßnahmen getroffen werden, die den dauernden Hochwassergefahren in Schlesien zu begegnen wissen. Insbesondere muß mit dem Ausbau der Hochwasserhochbauten und der Aufsperrren, sowie der Regulierung schlesienig begonnen werden.“

Kommunalspolitische Tagung der Deutschen Demokratischen Partei.

Der kommunalpolitische Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei veranlaßt Mitte Juli in Köln eine kommunalpolitische Tagung. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Vorbereitung der Ende Oktober vorzunehmenden preussischen Kommunalwahlen besprochen werden. Ferner sind Reserate über die brennenden Fragen der städtischen Siedlung und des Wohnungsbauwesens vorgelesen.

Tanten verurteilt in Oldenburg.

Der als demokratischer Reichstagsabgeordneter für Schleswig-Holstein gewählte frühere oldenburgische Ministerpräsident Tanten hat auf sein Landtagsmandat in Oldenburg verzichtet. Hauptlehrer Peter-Ludwig folgt nach dem Bericht Tantens auf der Curster Höhe als demokratischer Landtagsabgeordneter. Dadurch erhält die demokratische Fraktion einen Vertreter in Schulangelegenheiten, der in der letzten Landtagsperiode öfter vernimmt wurde.

Beamtenfragen

Die Ausbildung der weiblichen Polizei.

Die Ausbildung der weiblichen Polizei erfolgt nach einer Bestimmung des preussischen Innenministeriums im Frauenkriminalkommissariat beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main. Vor kurzem haben drei ausgebildete weibliche Kriminalkommissare diese Ausbildungsstätte verlassen, um Kommissariate in Berlin, Leipzig und Breslau zu übernehmen. Inzwischen hat in Frankfurt bereits ein neuer Kursus zur Ausbildung von vier Kriminalkommissarinnen begonnen.

Die Revidenzpflicht der Beamten.

Auf Grund einer Beamtenangelegenheit über die sogenannte Revidenzpflicht der Beamten hat der preussische Finanzminister Höpfer-Nhoff mitgeteilt, daß er die grundsätzliche Berechtigung des Bürgers nach gesetzlicher Regelung der Bestimmungen über die Revidenzpflicht der Beamten anerkennt. Die Preussische Staatsregierung wird zunächst abwarten, ob nach Neubildung der Reichsregierung die Einbringung des Reichsbeamtengesetzes in Aussicht steht.

Aus der Arbeit

der demokratischen Reichstagsfraktion

Das verfassungswidrige bayerische Wahlgesetz. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich in ihrer Mittwoch-Sitzung u. a. auch mit dem verfassungswidrigen

bayerischen Wahlgesetz befaßt und beschlossen, eine Interpellation in dieser Angelegenheit einzubringen. Die ganz Überstimmigkeit dieses Gesetzes geht daraus hervor, daß es den Demokraten in Bayern gelang, einen Reichstagsstich zu erobern. Der Abgeordnete Sparver wurde als demokratischer Vertreter für Bayern in den Reichstag entsandt während auf Grund des ungesetzlichen Gesetzes die demokratische Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag untertreten blieb.

Demokratische Forderung nach Wahlreform

Ein Antrag im Reichstag.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat die Einbringung des nachstehenden Antrages beschlossen:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ermahnt, mit größter Beilehnigung ein neues Reichswahlgesetz vorzulegen, in dem unter Beibehaltung des Wahnsystems der Verhältniswahl die öffentlichen Mängel beseitigt werden, die sich aus der bisherigen Umwandlung des Verhältniswahlsystems ergeben haben, und ein enger Verhältnis zwischen der Wählerzahl und den Abgeordneten ermöglicht wird.

Aufhebung der Futtermittelsteuer. Der demokratische Abgeordnete Tanten hat mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion einen Antrag im Reichstag eingebracht, der die sofortige Aufhebung der Futtermittelsteuer fordert.

Sofortige Abschaffung der Todesstrafe. Von den demokratischen Reichstagsabgeordneten Meyer-Berlin und Frau Dr. Lüders ist mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion ein Gesetzentwurf über die sofortige Abschaffung der Todesstrafe als Initiativantrag eingebracht worden.

Soziales

Einheitliches Angestelltenrecht in Polen

Die polnische Gesetzgebung hat unvermeidbar in den letzten Monaten erhebliche Fortschritte gemacht. Neben dem Angestelltenversicherungsrecht sind zwei weitere Gesetze, ein Dienstvertragsgesetz für Angestellte und ein allgemeines Arbeitsvertragsgesetz erlassen worden. Das Dienstvertragsgesetz bringt den Angestellten, wie uns der GZM-Freiwortler mitteilt, in seinen wesentlichen Punkten folgendes: Kündigungsfreiheit: Die Kündigungsfreiheit des Arbeitgebers während des Urlaubs, einer Krankheit, der Verletzung von Sanitäts- oder Militärpflichten, Abgangensentfähigkeit. Eine eigentliche Abgangensentfähigkeit kennt das Gesetz nur für den Todesfall des Angestellten und zwar haben Hinterbliebenen Anspruch auf drei Monatsgehälter, falls der Dienstvertragsvertrag mindestens 10 Jahre bestanden hat, sechs Monatsgehälter nach mindestens 5-jähriger Dienstdauer. Die Entschädigung ermäßigt sich auf die Hälfte, falls Kinder nicht vorhanden sind. — Gehaltszahlung krankheitsfällen: Fortzahlung des Gehaltes bis zur Dauer von drei Monaten, sofern nicht der Betrag vorzeitig einkommensgemäß sein Ende erreicht. Dore Leistungen aus öffentlich-rechtlichen Kranken- oder Unfallfällen können bei in Anrechnung gebracht werden. — Konturrenzklauel: Die Geltung einer Konturrenzklauel legt voraus, daß der Vertrag schriftlich abgeschlossen ist, der Angestellte bei Vertragsabschluss vollständig war, das Gehalt bei Aufgabe des Dienstes mindestens 6000 Zloty betrug und schriftlich Arbeitgeber die Verpflichtung übernommen hat, dem Angestellten für die Zeit der Beibringung mindestens die Hälfte seiner Bezüge fortzuzahlen. Die Beibringung ist nur der Erwerbszweig des Arbeitgebers und nur für ein Höchstmaß von einem Jahr zulässig. — Urlaub: Die Frau ist bereits 1922 durch ein besonderes Gesetz geregelt worden, nach dem der Angestellte nach 6monatiger Dienstzeit einen Anspruch auf einen Urlaub von 14 Tagen, nach 6-jähriger Tätigkeit einen solchen von einem Monat. — Die Frau wird nach alledem kaum sagen können, daß der Angestellte in Polen in den wesentlichen arbeitsrechtlichen Fragen nicht besser gestellt wäre als die deutschen Kollegen.

Bezirk Halle

Halle. Sonntag, den 17. Juni, vormittags 11 Uhr, tritt in Halle im Neumarkt-Schützenhaus der Gesamtverband des Bezirksverbandes Halle-Merseburg zu einer Tagung zusammen. Aus der Tagesordnung sind die an erster Stelle stehenden Punkte „Bericht und Aussprache über das Wahlergebnis“ und „Neue Wege unserer Organisationsarbeit“ besonders hervorzuheben. Alle Kreisvereine und Ortsgruppen sowie besonders tätige Parteifreunde und der erweiterte Vorstand in Halle haben Einladungen erhalten.

Halle. Deutsche Demokratische Frauengruppe. Donnerstags, den 21. Juni, spricht im Nicolas 8 1/2 Uhr Frau Margarete Schneider-Müller über „Künftige Revolutionen von einst und jetzt.“ Unsere Mitglieder sind auch auswärtige Freunde werden um rechtige Beteiligung gebeten.

Weisenfels. Die Ortsgruppe der D. D. P. veranstaltet am Sonntag, 17. Juni, im nahegelegenen Orte Weisling ein Sommer- und Kinderfest. Ihr Programm sind vorgelesen: Festansprache, Konzert und Vorträge; mamentlicher Art. Das Fest soll um 2 1/2 Uhr nachmittags im Waldhofsaal in Weisling beginnen und mit einem gemeinsamen Wandmarsch mit Musik und Fackelzug nach Weisenfels schließen. Alle Mitglieder und Gesteuerungsleute aus nah und fern sind hierzu eingeladen.

Der Liberalismus im Sterben?

Das Halleische sozialdemokratische „Volksblatt“ wirft in einem Leitartikel diese Frage auf und besagt sie mit Gründen, die deshalb festgehalten zu werden verdienen, weil sie dem liberalen Bürgerium deutlicher als alles andere es

zu tun vermag die Augen über Gefahren öffnen, die es bisher zu gering eingeschätzt hat. Nach dem Volksblatt ist der bürgerliche Liberalismus zum Überdruß verurteilt, er ist zwischen den beiden Wählheimen der sozialistischen Arbeiterbewegung und des reaktionären Kapitalismus anfaulhaftem zerfallen wird. Zwar verhalte gegenwärtig nach der Mittelstand durch die auf rein materielle Interessen eingehende Wirtschaftspartei dagegen anstandslos, aber auch diese Wirtschaftspartei werde die Proletariat in der Mitte des Mittelstandes nicht ausfallen können. Es gebe in Zukunft nur ein Säben und ein Dürben.

Man muß dem Volksblatt für die Lüftung des sozialistischen Blütes dankbar sein. Für große Schichten des Bürgeriums, der Beamten, Angestellten, Mittelständler usw. ist der Sozialismus heute nicht mehr das, was er in Kriegsjahren war. Er ist in der Republik gesellschaftsfähig geworden und gibt sich auch in wirtschaftspolitischer Beziehung als mit einer gutbürgerlichen Fäule unmitelbar, solange er den Kampf nur auf Wege der totalen kommunikativer Zwingen einstellt und ohne eigene soziale Verantwortung, nur rein kritisierend, an weltlicher Stelle steht und nicht die Macht in Händen hat. Das blendet viele Schichten des Bürgeriums, zumal der heutige Sozialismus es bisher angestrebt hat, von der heilige Sozialismus zu reden, geschweige denn wirtschaftsproblem in diesem Sinne ernsthaft anzunehmen.

Dieses Bild wird ein anderes in dem Augenblick, in dem der Sozialismus seinem Ziel nach Erreichung der politischen Macht näherkommt und damit stärker radikalisiert und an den kommunikativen Gedankengang herangebracht wird. Er bekommt Farbe und dieses Verbleiben legt in tatsächlicher Form ereignisshafte schon jetzt das Volksblatt ab. Auf die Proletarisierung des Mittelstandes, auf die Ausschaltung eines ihn bisher hem-

menden Liberalismus und auf die Mittelstreichung zwi-

schts- und Links-Radikalismus kommt es ihm an. Gut! Dieses offene Bekenntnis erhebt zur rechten Zeit und ist besonders eindrucksvoll, weil es auf den keineswegs sozialistisch, sondern durchaus liberal gesinnten Mittelstand wirken, wenn ihm hier von sozialistischer Seite die Prognose der unrettbaren Proletarisierung infolge seiner reaktionären Einstellung bei politischen Kämpfen gegeben wird. Diese muß, darin hat das Volksblatt recht, lebhaft in dem Ende zum wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle führen und zu einem Kampf, bei dem die Arbeitermassen auf der einen Seite und ein schicksalloses vorgehender Kapitalismus auf der anderen Seite den Mittelstand zerreiben müssen.

Von Vertretern liberaler Weltanschauungs-Parteien dieses Bild dem Mittelstand oft genug vorgehalten worden. Jetzt wagt in der Sozialdemokratie das Begehren und vielleicht ist gerade dieser gegenwärtig herrschen Zustand ein besserer Warner für den Mittelstand. Ein Verwehren der inneren Halt des politischen liberalen Weltanschauungs-Gedankens wird zwischen Reaktion und Radikalismus nicht nur politisch, vielmehr auch wirtschaftlich in seinen lebensfähigsten Teilen zerrissen und Spielball von Kräften, die wohl zerreiben, aber nicht bauen können. Hieran zu denken und danach zu handeln, eine ernste Lebenspolitik des liberalen Bürgeriums, noch ist es auch Zeit. Noch hat der Sozialismus die strebe Macht nicht. Die nächste Gelegenheit muß es härten, und ihm bewahren, daß der Liberalismus die unverfügbare Gegenwart besitzt, wenn er seine Kräfte verliert, anstatt sie wie bisher in einem rein materiell eingestellten Teile ohne politischen Weisheit zu verpfeifen.

Verantwortlich Johannes Cornblith, Halle. Druck: Buchverlag Weniger & Co., G. m. b. H., Dessau, Poststraße 9.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30

Nummer 24

Halle, 16. Juni 1928

4. Jahrgang

Das neue Kabinett

Das Kabinett des Bürgerblocks ist nun endlich zurückgekehrt. Was alle Mitglieder dieser 16 Monate nicht erahnten, haben die Wahlen erzwingen. Nicht nur die Kreise der Opposition wird man das Verschwinden der künftigen Minister begrüßen. Überall wird man den Mann begrüßen, der eine ehrliche gradlinige Politik im Wege der Wiederaufbau Deutschlands als wichtiger Impuls dem Staat einbringt. Eine Träne weinen wir ihm nicht nach. Es stellt in der Geschichte des republikanischen Deutschlands die Regierung der geringsten Zeitspanne dar. Um Herrn Marx mag es persönlich nicht gehen, er hat in der Vergangenheit sich verschiedene Male erworben, aber er setzte diesen Ruf auf das Spiel, dem Drängen der rechtsgerichteten Kreise des Bürgerblocks nachgab und sich bereit fand, an die Spitze dieser unzulässigen Verbindung zu treten. In der Entwicklung von uns diese 16 Monate fest. Nichts ist schwerer als die Verantwortung einzunehmen. Von der Vergangenheit ab zu wenden, ist der Gegenwart zu. Doch sind die Bedingungen über die neue Regierung nicht abgeschlossen. Die Schwierigkeiten häufen sich. Trotzdem darf man die Zukunft nicht hegen, daß wir spätestens bei Beginn der nächsten Woche eine Regierung auf der Basis der Großen Koalition haben. Ob sie Dauer besitzt, hängt von der Gesundheit Hermann Müllers ab, der nun zum zweiten Mal in den Kabinett übernommen.

Vortragen

Die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten für die Verantwortung dürfte im wesentlichen getroffen sein. Wir werden nach wie vor die Ansicht, daß es allein dem Herrn Marx überlassen bleiben muß, sich seine Mitarbeiter auszuwählen. Im wesentlichen scheint er auch die gleiche Ansicht vertreten zu haben. Aber er dabei hier und da Zugeständnisse machen muß, liegt im parlamentarischen System. Da jedes Mitglied des Kabinetts zugleich Verantwortung seiner Partei sein soll. Nur das Festhalten an dem Vorkriegsstandpunkt für einen Kreislauf, der nicht zu Ende kommen wird. Die Personalfragen haben aber nicht glücklicherweise keine entscheidende Rolle gespielt. Es ist vorläufig nicht gelungen, im ersten Anlauf ein Kabinett zustande zu bringen, so liegt das an sachlichen Meinungsverschiedenheiten. Die Deutsche Volkspartei wird die Umwandlung des Preussischen Kabinetts, in das jeder eintraten möchte, nachdem sie vor drei Jahren jeden zwingenden Grund ihre Minister zurückgezogen. In der Vergangenheit, ihnen die Tür zu öffnen, besteht der Rinde des Ministerpräsidenten Braun kein Zweifel. Der Zeitpunkt ist richtig. Es ist im Grunde genommen eine Vertrauensfrage. Bedenkenfroh wiegen die Forderungen der Zentrum, das vorher eine Einigung über Wahlrecht und Schulgesetzgebung herbeiführen will. Soweit es um die Wahlreform handelt, stehen wir vollkommen auf ihrer Seite. Auch wir glauben, daß darin endlich etwas erreicht werden muß. Anders liegen die Dinge bei der Regelung der Schule. Zu einem Kompromiß werden alle Liberalen nicht sein, schon, um nicht neuen Sack zu entfalten. Das Kompromiß muß den Grundgedanken der Reichsregierung entsprechen und darf nicht einseitig die religiöse Seite auf Kosten der Simultanformen bevorzugen. Das ist die Aufgabe ist das Verlangen der bayerischen Volkspartei, die in der Vergangenheit gegen Eingriffe der Reichsregierung zu sichern. In dem neuen Ministerrat des Parlamentarismus können wir nicht als ein Beitritt der bayerischen Volkspartei zur Großen Koalition nicht bezweifeln. Wir sind in dieser Hinsicht sehr optimistisch, weil in München selbst die Verhandlungen zwischen der bayerischen Volkspartei und den Sozialdemokraten über ein gemeinsames Vorgehen schon jetzt im Gange sind, daß die Genossen nur sehr lauen Widerstand gegen die Bestimmung der Reichsregierung leisten.

Hermann Müller

In den aufstrebenden Tagen der Weimarer Nationalversammlung hat Hermann Müller zum ersten Male den Kanzleramt übernommen, als es Scheidemann absetzte, den er als Friedensvertrag zu unterzeichnen. Zwei, alles hat in seiner persönlichen Opfer gebracht, als er sich der Unterzeichnung verweigerte. Man denkt heute vielfach über seinen Schritt als damals, wo man nur die unzulässigen Bedingungen vor Augen hatte, die uns von der Welt gestellt wurden. Doch schmerzen die Wunden, die uns geschlagen wurden. Wir haben weder Danks noch Rechtfertigung, weder Überschriften noch das Schicksal der Welt begriffen. Aber wir haben inzwischen erkannt, daß die unzulässige Freiheit und zügellose Außenpolitik die Rechte nicht zu freigen, aber doch zu Indem geschadet ist. Wir sind überzeugt, daß sie auf diesem Wege erfolgreich weiter fortzuführen werden. Wenn von deutsch-nationaler Hermann Müller wegen jener Tat mit Vorwürfen

überhäuft wird, so ist das genau so richtig, wie alles, was von dieser Seite geschieht. Ueberdies hat man sich damals verpflichtet, die Zustimmung jedes Einzelnen anzuerkennen. Da sie nach bestem Wissen und Gewissen erfolgte. Die Angriffe auf ihn sind daher nicht nur unbedeutend, sondern auch ein Vorwurf. Inzwischen hat Herrmann Müller als Führer der größten deutschen Partei reiche Erfahrungen gesammelt. Er ist stets für eine gemeinsame Arbeit mit der bürgerlichen Mitte eingetreten, hat die Große Koalition unter Streifenmann mit Schafen helfen, ist aber leider in den letzten Jahren vielfach in der eigenen Fraktion überstimmt worden. Nun zieht er zum zweiten Male in die Wilhelmstraße ein. Er bezieht, soweit das überhaupt bei dem Angehörigen einer anderen Partei der Fall sein kann, unser Vertrauen, und wir können nur hoffen, daß es ihm gelingt, nicht nur die Regierung zu bilden, sondern auch im Amt zu erhalten, damit die Konsolidierung des Reiches, die der Verfassungswort einleitet hat und nur durch das bisherige Kabinett unterbrochen wurde, weiter fortgeschritten.

Der kommunistische Vizepräsident

Der Preussische Landtag hat zum ersten Mal seit seinem Bestehen einen kommunistischen Vizepräsidenten erhalten. Herr Schmidt wurde gewählt, übrigens mit Stimmhaltung der gesamten Rechte, die seine Ernennung hätte verhindern können, nachdem er bindende Zusicherung gegeben hatte, daß er die Geschäftsbildung gewissenhaft wahrnehmen würde. Man konnte seiner ersten Amtshandlung mit einiger Spannung entgegen sehen. Sie ist über Erwartungen gut ausgefallen. Ein Vizepräsident, den man niedriger bewerten könnte, hätte einige Vorkämpfer auf und wurde dafür von Schenck zur Ordnung gerufen. Er war die Andeutung höherer Strafen, als des Ausschlusses schloß nicht. Er wußte der Reich mit seinen arbeitslosen Jüngern. Man wird sich im Reichstag der gleiche Vorwurf wiederholen. Auch dort ist die kommunistische Fraktion stärker als die der Deutschen Volkspartei und erhebt ihren Anspruch. Dr. Nieber, der bisher dieses Amt inne hatte, ist wegen hohen Alters aus dem politischen Leben ausgeschieden. So fällt es zum Unglück. Trotzdem bedauern wir, daß es dahin kommen mußte, denn darin spiegelt sich der Niedergang der bürgerlichen Mitte. Es wird ja auch bei den großen Ansprüchen deutlich genug in die Erscheinung treten. Der Redner der deutschen Volkspartei nimmt erst nach dem Kommunismus das Wort und der demokratische Sprecher erscheint ziemlich spät auf der Tribüne. Wenn es der Wirtschaftspartei gelingt, noch mit irgendeiner Splittengruppe in Arbeitsgemeinschaft zu kommen, so haben wir sogar die erst abzuwarten. Schön ist das nicht.

Jaleski in Paris

Man muß das Treiben des polnischen Außenministers immer mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Auch wenn er gelegentlich von seinem Verhandlungsstil Deutschland gegenüber spricht, ist seine Einstellung doch scharf deutsch-feindlich. Seine Unterredung mit Briand ist auch reichlich unerfreulich gewesen. Sie hatte neben dem polnisch-französischen Konflikt die Frage der Rheinlandräumung zum Gegenstande. Was er dabei erstrebte, ist eine Sabotage schlimmster Art. Gewiß, die Räumung selbst kann er nicht verhindern, denn sie ist in den Bestimmungen des Versailler Vertrages festgelegt. Darüber hinaus sind uns in Locarno Zusicherungen gemacht worden, deren Erfüllung allerdings erst zum kleinsten Teile erfolgte. Wir haben hier einen Negativbeispiel, auf den wir pochen. Herr Jaleski aber will die Ausführung der Versprechungen von einem neuen Ost-Lothar abhängig machen. Die von ihm aufgestellte Gleichung, Weichsel gleich Rhein, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Was im Westen geschieht, ist lediglich Sache der dort beteiligten Mächte. Polen gehört nicht zu ihnen, und es ist eine Einmischung, die wir uns verbitten müssen, wenn er nun verliert, seinen Willen auf dem Umwege über Frankreich durchzusetzen. Er gefährdet damit lediglich die Verhandlung, die angeblich durchaus in seinem Sinne ist. In Wirklichkeit ist er ihr Gegner. Das kümmert uns aber nicht. Das Schicksal Europas beruht nicht auf dem Wohlergehen Polens, ohne das es ja auch einmal gegangen ist. Der einzige Erfolg, den er erzielen kann, ist die Verzögerung einer im Interesse aller Nationen gelegenen Vereinigung der zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Fragen. Man wird sich in Paris hoffentlich darüber klar sein, daß man das Rand der Rheinlandräumung durch jede Staatsstreichung der Räumung entwertet. Am 10. Januar 1920 muß die Aachener Zone frei werden. Daran kann nicht gerüttelt werden. Verschiebt Frankreich auf die große Weite, selber seine Truppen zurückziehen, so darf es sich nicht wundern, wenn man in Berlin dann alles bei Treib anstellt und sich zu seinen neuen Opfern, auch nicht zu finanzieren, bereit findet.

Der Bericht Gilberts

Der sogenannte Finanzbericht, den der Generalagent für die Reparationen erstattet hat, ist bei aller Vorsicht im Ton, fastlich doch recht scharf. Er enthält Kritiken über Kritiken. Zunächst an dem ablehnenden Verhältnis des bisherigen Kabinetts gegenüber der von der Reichsregierung geforderten Forderung. Auch an der Reichsbahn selbst, von der er keinen umfassenden Finanzplan fordern würde, wenn er nicht gegen ihr bisheriges Verhalten Bedenken hätte. Auch bei dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern steht er wieder ein. Er verlangt eine einheitliche und vernünftige Regelung. Bedauerlich, daß uns das ein Fremder sagen muß, dessen Wort besonders peinlich wirkt, da er ja im Auftrage unserer Gläubiger gleichsam die Pflanzlöhne über unsere Finanzverwaltung führt. Scharf ist er dabei im Recht. Wir selbst haben immer wieder diesen Finanzausgleich gefordert, aber im Sinne Reichs, nicht Dr. Köhlers. Ganz einverstanden sind wir mit seiner Schlussfolgerung, daß es nun an der Zeit wäre, die Entsumme unserer Verpflichtungen festzusetzen. Als guter Kenner seines Vaterlandes legt er dabei den entscheidenden Ton auf die Unfähigkeit, die solange am Geldmarkt herrschen wird, und uns an der Aufnahme von Auslandsanleihen verhindert, als diese Regelung nicht erfolgt ist. Lieber die Summe selbst sagt er natürlich nichts. Wir aber möchten hinzufügen, daß jede bisher genannte Zahl viel zu hoch ist. Die deutsche Wirtschaft kann den jetzigen Steuerdruck nicht ertragen, der aber nur dann gemindert werden könnte, wenn Verzinsung und Tilgung der Entsumme erheblich unter der jetzigen Jahresleistung von 2,5 Milliarden liegt. Parter Gilbert hat nicht ohne Grund darauf verwiesen, daß es nicht angehe, wenn die Wirtschaft die Lohnsteigerungen auf die Preise abwälze. Das ist sicher richtig. Es muß an den Löhnen gespart werden. Eine Verteuerung führt nur zur Verflechtung des Auslandsmarktes und schaltet uns möglicherweise auf dem Auslandsmarkt völlig aus. Aber diese Verluste können erst dann nennenswert herabgemindert werden, wenn nicht die Steuern einen großen Teil des Verdienstes aufsaugen.

Erkenntnis in Moskau

Die „Woxrite colorchecker CLASSIC“ ist ein Werkzeug für die Farbkorrektur in der Fotografie. Es besteht aus einer Reihe von farbigen Quadraten, die in einem Raster angeordnet sind. Die Quadranten sind in verschiedenen Farben gehalten, um die Farbbilanz und die Helligkeit der Aufnahme zu überprüfen und zu korrigieren zu können. Die Quadranten sind in einer Reihe von Farben gehalten, die in einem Raster angeordnet sind. Die Quadranten sind in verschiedenen Farben gehalten, um die Farbbilanz und die Helligkeit der Aufnahme zu überprüfen und zu korrigieren zu können.

Bayerische Wahl

Der „Woxrite colorchecker CLASSIC“ ist ein Werkzeug für die Farbkorrektur in der Fotografie. Es besteht aus einer Reihe von farbigen Quadraten, die in einem Raster angeordnet sind. Die Quadranten sind in verschiedenen Farben gehalten, um die Farbbilanz und die Helligkeit der Aufnahme zu überprüfen und zu korrigieren zu können. Die Quadranten sind in einer Reihe von Farben gehalten, die in einem Raster angeordnet sind. Die Quadranten sind in verschiedenen Farben gehalten, um die Farbbilanz und die Helligkeit der Aufnahme zu überprüfen und zu korrigieren zu können.

